

Herr Garn erläutert die Vorlage und berichtet, dass zusätzlich zu den bereits in der letzten Ausschusssitzung vorliegenden Raumprogrammvarianten A bis C weitere Varianten D und E erarbeitet wurden.

Zu der Sitzungsvorlage auf Seite 4, Ziffer 1 d) NRW.Bank „Fördermittelrecherche“, berichtet Herr Garn, dass sich keine weiteren Erkenntnisse bezüglich zusätzlicher Förderungen ergeben haben.

¹Herr Jaeger fragt nach, ob es bezüglich der Ziffer 1 i) Integriertes Städtebauliche Entwicklungskonzept (ISEK) weitere Informationen gibt. Laut Herrn Meisenberg wurden alle Anträge gestellt, neue Informationen gebe es zum jetzigen Zeitpunkt nicht.

Der Schulleiter der Gesamtschule Marienheide, Herr Krug, begründet anhand einer Präsentation den an der Gesamtschule Marienheide bestehenden Raumbedarf. Diese Präsentation ist dieser Niederschrift als Anlage beigefügt. Des Weiteren geht er auf Fragen aus dem Ausschuss ein.

Herr Jaeger stellt dar, weshalb die CDU Fraktion lediglich die Raumprogrammvariante D, die vom Grunde her auf dem seinerzeitigen VBD-Gutachten basiert, mittrage, die eine Bruttogrundfläche (BGF) von 797 m² aufweise. Unmissverständlich sei, dass ein Raum- und somit Erweiterungsbedarf bestehe, dieser aus finanziellen Aspekten jedoch lediglich im Umfang der Variante D anerkannt werde. Sollten sich künftig weitere Raumbedarfe ergeben, müsse dies bei der Ausführung der jetzigen Erweiterung in der Form berücksichtigt werden, dass eine modulare Bauweise beispielsweise eine künftige Aufstockung des Gebäudes ermögliche. Im Übrigen - so Herr Jaeger weiter - würden bei einer Auslagerung schulfremder Nutzer aus dem Schulzentrum ins Rüstzeitheim diese Räume der Gesamtschule Marienheide zugestanden und somit der Schule zusätzlich zur Verfügung stehen.

Herr Rittel nimmt Stellung zu der Kritik, die nach der letzten Sitzung bezüglich des Beratungsbedarfs geäußert wurde. Ein zusätzlicher Raumbedarf werde anerkannt,

¹ Auszug aus der Niederschrift über die 17. Sitzung des Ausschusses für Bildung, Sport und Soziales der Gemeinde Marienheide vom 05.06.2019

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: Ja 7, Enthaltung 7, Nein 0
<i>Es wird beschlossen, die Niederschrift des Ausschusses für Bildung, Sport und Soziales zum Tagesordnungspunkt 1, Absatz 3 um folgenden Satz (fett gedruckt) zu ergänzen:</i>	
<i>... Herr Jaeger fragt nach, ob es bezüglich der Ziffer 1 i) Integriertes Städtebauliche Entwicklungskonzept (ISEK) weitere Informationen gibt. Laut Herrn Meisenberg wurden alle Anträge gestellt, neue Informationen gebe es zum jetzigen Zeitpunkt nicht. Bei dem Termin wurde nur über die Startermaßnahme „Heilteich“ gesprochen....</i>	

Auf Wunsch des Vorsitzenden wird zu Protokoll genommen, dass sowohl die CDU-Fraktion als auch das fraktionslose Ausschussmitglied Herr Türkmén dafür gestimmt haben, die übrigen Ausschussmitglieder sich hingegen der Stimme enthielten, da sie sich nicht mehr an den genauen Wortlaut erinnern.

Anmerkung des Bürgermeisters im Nachgang zur Sitzung:

Der Bürgermeister merkt an, dass entsprechend des Beschlussvorschlags der Sitzungsvorlage BV/063/19 von ihm in der Sitzung des ABSS am 07.05.2019 die Formulierung gewählt wurde: „Bei dem Termin wurde im Wesentlichen über die Startermaßnahme „Heilteich“ gesprochen.“

jedoch auch aus finanziellen Aspekten nur in Maßen. Man sei auch den Bürgerinnen und Bürgern gegenüber verpflichtet, sich auch finanziell um andere Dinge wie z.B. kaputten Straßen zu kümmern. Die Variante D sehe er daher als sinnvolle Lösung an.

Frau Dißmann stellt klar, dass es in der letzten Sitzung lediglich um eine Grundsatzentscheidung bzgl. vorhandener Raumdefizite bzw. bestehender Raumbedarfe ging. Dem stimmt auch Frau Goldbach zu.

Laut Herrn Kramer handelt es sich bei der Feststellung von bestehenden Raumdefiziten bzw. zusätzlichen Raumbedarfen um einen Grundsatzbeschluss. Man müsse geeignete Rahmenbedingungen schaffen, um auch gute Lehrer einstellen zu können.

Herr Krug stellt nochmals die erheblichen Raum- bzw. Flächendifferenzen der einzelnen Varianten dar.

Man müsse sich jedoch, so Herr Rittel, verschiedene Optionen für die Zukunft „offen halten“, um auf Basis des Schulentwicklungsplans bei sich künftig ergebender Raumbedarfe weiter anbauen zu können.

Laut Herrn Jaeger müssen im Bereich der Inklusion seitens des Landes NRW die Verhältnisse bzw. Rahmenbedingungen angepasst werden. Herr Kramer stimmt diesem zu. Ebenso – so Herr Jaeger weiter – müsse berücksichtigt werden, wohin sich die Schule bezüglich der Schülerzahlen entwickle. Daher wäre eine vorgenannte modulare Bauweise am sinnvollsten.

Frau Dißmann weist darauf hin, dass bei der Variante D keine Differenzierungsräume vorgesehen seien. Selbstverständlich möchte auch sie keine Leerstände an Räumen, sehe jedoch eine zukünftige Aufstockung aufgrund modularer Bauweise als nicht sinnvoll an. Dadurch würden gegenüber einem bereits jetzt zu erstellenden größeren Baukörper unnötige Mehrkosten entstehen.

Herr Krug macht darauf aufmerksam, dass im nächsten Schuljahr in der Gesamtschule Arbeitsplätze für 10 weitere Sonderpädagogen benötigt werden.

Herr Jaeger beantragt, den Beschlussvorschlag bei Ziff. 1 nach dem Wort „Raumdefizite“ um den Zusatz „in der Größe von 797 m² BGF“ zu ergänzen. Nach weiterer Diskussion wird folgender Beschluss gefasst: